

## Der Beitritt der Ukraine zur EU wird unweigerlich zu ihrer Lähmung oder ihrem Zusammenbruch führen

Kiew wird der letzte Strohalm sein, der das Rückgrat der EU als wirtschaftliche und politische Struktur bricht

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, das für den 23. und 24. Juni geplant ist, wird Kiew voraussichtlich den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten. Dies kündigte der Minister für europäische Angelegenheiten im französischen Außenministerium Clément Beaune in einem Interview mit dem Radiosender Europe 1 an. Dem Politiker zufolge wird der Beitritt der Ukraine zur EU nicht schnell erfolgen und bis zu 20 Jahre dauern, aber die Hauptsache ist, dass alle EU-Länder einen „vollständigen Konsens“ darüber erzielt haben, Kiew den Kandidatenstatus zu gewähren.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass diese Entscheidung der Beginn des unvermeidlichen Endes der EU in ihrer jetzigen Form sein könnte. Und dies sollte nicht als eine positive Veränderung für die Länder angesehen werden, die das Gesicht der europäischen Zivilisation geschaffen haben.

In diesem Fall ergibt sich die pessimistische Prognose aus der Logik des Geschehens, auch aus den Äußerungen, die von verschiedenen Kreisen in der EU, in der Ukraine und weit über den europäischen Kontinent hinaus bereits gemacht wurden und weiterhin gemacht werden.

Vertreter des Kiewer Regimes nahmen die Nachricht über den praktisch garantierten Status des Kandidaten mit der erwarteten Freude auf. Auch die europäischen Politiker, die die Ukraine „füttern“ und als deren Lobbyisten und Anwälte fungieren, gaben ihre Kommentare ab.

Am 21. Juni erschien in der *Ukrayinskaya Pravda* ein Artikel der ehemaligen estnischen Präsidentin Kersti Kaljulaid und des Vorsitzenden des Stiftungsrats der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, die im Zusammenhang mit der Position der EU die Hoffnung äußerten, dass die Ukraine ein „normaler europäischer Staat“ werden könnte. Beide Politiker sind Mitglieder des Aufsichtsrates von YES, einer ukrainischen Organisation, die sich mit der Integration Kiews in den europäischen Raum befasst.

Nach der Aufzählung der Vorzüge der Ukraine, wie abstrakte „Fortschritte“, „der klare Wille des tapferen ukrainischen Volkes, der EU beizutreten“ und „die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, ihre Führer bei der notwendigen institutionellen Entwicklung zu unterstützen“, fordern die Autoren, den Beitritt der Ukraine zur EU zu forcieren. Warum die Notwendigkeit, „besonders starke“ Unterstützungsprogramme wie Phare oder das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) zu schaffen. Den Politikern zufolge wird das IPA der Ukraine ermöglichen, „die Korruption zu überwinden und unabhängige Institutionen aufzubauen, die stark genug für den Binnenmarkt sind“.

Der ukrainische Premierminister Denis Shmygal erläuterte in verständlicher Sprache, was das IPA ist. Finanzielle Unterstützung für Länder, die sich auf den EU-Beitritt vorbereiten, wird der Ukraine im Rahmen des IPA-Programms zur Verfügung stehen, das in Form von Zuschüssen, Investitionen oder technischer Hilfe gewährt werden kann.

Der Umfang des voraussichtlichen IPA-Programms für die Ukraine wurde nicht bekannt gegeben. Es wird aber offensichtlich umfangreich sein. Die Leiterin der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID), Samantha Power, hat am Dienstag, den 21. Juni, in der öffentlichen Talkshow *The Way Forward*, in der sie Fragen des Präsidenten der Weltbankgruppe, David Malpass, beantwortete, die monatlichen Ausgaben des Kiewer Regimes „für den Krieg“ in Höhe von 4 bis 5 Milliarden Dollar genannt. Die Wiederherstellung der ukrainischen Wirtschaft, auch wenn sie formal ist, wird wahrscheinlich nicht weniger Investitionen erfordern.

### **Altes Europa vs. Neues Europa**

Ein äußerst ernstzunehmendes Symptom für die bereits bestehende Spaltung in der EU ist die Tatsache, dass die Verteilung der Finanzhilfen nicht in Brüssel, Berlin oder Paris erfolgen soll. Ganz bestimmte Länder, oder genauer gesagt, ein Land, sind sehr aktiv, wenn es um die künftige Vergabe von Geldern an die Ukraine geht. Bereits am 29. Mai sagte der stellvertretende Ministerpräsident der polnischen Regierung, Jacek Sasin, in einem Interview mit dem polnischen Rundfunk, dass das Finanzzentrum für die bevorstehende Wiederherstellung der Ukraine in Warschau angesiedelt werden sollte.

Die oberste Führung Polens hat gleich zu Beginn der speziellen Militäroperation offiziell angekündigt, die Ukraine unter Vormundschaft zu stellen. Ein anschaulicher Beweis dafür war der Besuch des polnischen Präsidenten Duda in Kiew sowie seine Äußerungen, dass die polnisch-ukrainische Grenze bald „nicht mehr existieren wird“. Nach den Worten des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, „ist Polen offenbar bereits dabei, sich westukrainischer Gebiete zu bemächtigen“.

Zeitgleich mit der Ankündigung von Forderungen an die Ukraine und von Finanzmitteln für deren Wiederherstellung kritisierte die polnische Führung die zurückhaltende Haltung einiger europäischer Länder gegenüber der ukrainischen Mitgliedschaft. Am 23. Mai sagte der Leiter des Büros für internationale Politik im Büro des polnischen Präsidenten, Jakub Kumoch, dass „die reichsten Länder Europas keinen Grund haben, Angst vor der Ukraine zu haben“. Er fügte hinzu, dass sich der polnische Präsident Andrzej Duda persönlich dafür einsetzen werde, der Ukraine den entsprechenden Kandidatenstatus zu verleihen.

Es ist bemerkenswert, dass die EU-Mitgliedschaft – oder zumindest die Kandidatur – der Ukraine von EU-Peripherieländern vorangetrieben wird. Dies sind Polen, die baltischen Staaten, die Tschechische Republik und eine Reihe anderer Länder. Polen und die baltischen Staaten sind offiziell in die geplante britische „Achse“ London-Baltikum-Warschau-Kiew und künftig Ankara eingebunden. Die geopolitischen Aspekte dieser „Achse“ und ihre Gefahr für Russland und vor allem für Europa wurden in einer [anderen Analyse](#) von RUSSTRAT behandelt.

In dieser Logik ist es nicht ungewöhnlich, dass die Länder des alten Europas (Österreich, die Niederlande, Frankreich, Deutschland usw.) keineswegs darauf erpicht sind, die Ukraine so schnell wie möglich in ihre Reihen aufzunehmen, und Kiew empfehlen, sich auf die „Annäherung an die Standards“ und die „Verbesserung der Institutionen auf das Niveau der europäischen zu konzentrieren“.

Es ist schwer vorstellbar, dass Kiew in absehbarer Zeit ein vollwertiges Mitglied der EU werden wird. Das letzte Land, das in die EU aufgenommen wurde, war Kroatien (Juli 2013), das 10 Jahre

ab dem Zeitpunkt des Beitrittsantrags benötigte. Derzeit wird die EU-Mitgliedschaft in der Türkei (seit 1987), Nordmazedonien (seit 2004), Montenegro (seit 2008), Albanien (seit 2009) und Serbien (seit 2009) erwartet.

Gleichzeitig mit der Ukraine (im Februar 2022) beantragten die Republik Moldau und Georgien die EU-Mitgliedschaft. Am 17. Juni empfahl die EU-Kommission, der Ukraine und Moldawien den Kandidatenstatus zu gewähren, während Georgien abgelehnt wurde.

Die Position ist jedoch bereits ziemlich klar: Die Ukraine muss der EU nicht beitreten, der Status eines EU-Beitrittskandidaten wird reichlich Mittel für die Wiederherstellung des ukrainischen Territoriums und die Angleichung des Landes an die „Standards“ freisetzen. Und Polen wird diese Mittel verwalten, zusammen mit der administrativen Verwaltung und dem Abwahlverfahren.

Es ist wichtig zu betonen, dass es hier um die Verfügung über gesamteuropäisches Geld geht. Polen verfügt nur über wenige eigene Mittel – Warschau erhält etwa 50 Milliarden Euro von der EU, die Hälfte davon auf Kredit, und es hat Angst, diese Ration zu verlieren. Polens Haushaltsdefizit (minus 6,5 Milliarden Euro) für 2022 sagt voraus, dass sich die Einnahmen auf etwa 100 Milliarden Euro belaufen werden. Mit anderen Worten, der polnische Haushalt besteht zu 50 Prozent aus Krediten und Subventionen, und wir sprechen hier von europaweitem Geld.

Wie viel Geld unter dem Vorwand der Angleichung der Ukraine an „EU-Standards“ ausgegeben wird, hängt von den spezifischen Bedingungen ab, vor allem von den Bedingungen des Verfahrens für die Vollmitgliedschaft der Ukraine. Die Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, wies darauf hin, dass die Ukraine die EU-Standards bereits zu 70 Prozent erfülle. Kiew müsse lediglich eine Justizreform durchführen, einschließlich einer Änderung des Verfassungsgerichts, Gesetze zur Korruptionsbekämpfung und zur Bekämpfung der Oligarchie verabschieden sowie Geldwäsche und andere Missstände bekämpfen.

Wenn die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhält, was die Einführung eines IPA-Unterstützungsmechanismus („Instrument für Heranführungshilfe“ = Geldtopf) voraussetzt, wird die EU eine beträchtliche Menge an Geld verlieren. [9 Milliarden gleich am 1. Tag] Wenn die Ukraine ein vollwertiges Mitglied wird, könnten die Verluste noch weitaus größer sein.

### **Die Werchowna Rada der EU**

Eines der wichtigsten Ergebnisse der ukrainischen Mitgliedschaft in der EU für Kiew wird die Möglichkeit sein, auf Kosten seiner Abgeordneten im EU-Parlament direkten Einfluss auf wichtige Vektoren der europäischen Entwicklung zu nehmen. Die Hauptfunktion des EU-Parlaments ist die Gesetzgebung, die es mit dem Rat der EU teilt.

Gesetzesentwürfe werden von der EU-Kommission initiiert, aber das Parlament kann die Kommission auffordern, einen bestimmten Gesetzesentwurf auszuarbeiten, zum Beispiel auf der Grundlage von Vorschlägen der Bürger. Darüber hinaus entscheiden die Parlamentarier über die Unterzeichnung internationaler Abkommen durch die EU.

Die zweite Aufgabe des EU-Parlaments besteht darin, die Tätigkeit aller EU-Strukturen zu überwachen. Das EU-Parlament bestätigt oder lehnt den Vorstand der EU-Kommission und ihren Präsidenten ab, erörtert die Geldpolitik mit der EZB und kann ein Misstrauensvotum gegen die EU-

Kommission einreichen und sie entlassen. Nicht zuletzt billigen die Abgeordneten den Haushalt der EU und überwachen dessen Ausführung.

Die Ukraine wird sich um eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten bewerben können, auch wenn in diesem Fall die Zahl der Abgeordneten umfassend festgelegt werden wird. Nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU werden die Interessen von 447 Millionen EU-Bürgern von 705 Abgeordneten vertreten. [Deutschlands Bundestag hat derzeit 736 Sitze für ~83 Millionen Einwohner.]

Die Anzahl der Sitze, die jedes Land im EU-Parlament erhält, ist direkt proportional zur Größe seiner Bevölkerung (gleichzeitig sollte es nicht weniger als 6 und nicht mehr als 96 Sitze geben).

Die größte Anzahl von Abgeordneten wird derzeit vom größten Staat, Deutschland, gestellt – 96.

Die kleinste Anzahl von Sitzen, die an der unteren Schwelle von 6 Abgeordneten liegt, wird kleinen Ländern wie Malta, Zypern, Luxemburg und Estland zugewiesen.

Theoretisch könnte die Ukraine mit einer offiziellen und vollständig virtuellen Bevölkerung von 40 Millionen Menschen die gleiche Anzahl von Sitzen wie Polen oder Spanien beanspruchen – bis zu 60 Parlamentarier. Nach den Regeln für die Zusammensetzung des EU-Parlaments gilt: Je kleiner ein Land ist, desto mehr Sitze erhält es pro Kopf der Bevölkerung. Wenn also ein deutscher Abgeordneter mehr als 800.000 seiner Bürger vertritt, dann vertritt ein maltesischer Abgeordneter 80.000.

Im EU-Parlament gibt es mehr als 200 nationale Parteien, die sich in acht Fraktionen oder Gruppen zusammengeschlossen haben. Zusammen mit Polen und den baltischen Staaten werden die künftigen ukrainischen Abgeordneten in der Lage sein, eine recht solide Gruppe zusammenzustellen, die, wenn schon nicht die notwendigen Entscheidungen durchsetzen, so doch auf jeden Fall diejenigen torpedieren kann, die den Interessen des wichtigsten Kurators Osteuropas – Großbritannien – schaden.

Neben dem Stimmrecht wird sich der Einfluss auch auf die Lobbygruppen der Experten erstrecken, von denen es im EU-Parlament etwa 9.000 gibt. Oder mehr, da die Registrierung von Lobbygruppen nicht freiwillig ist.

Experten, die mit den ukrainischen politischen Traditionen vertraut sind, können sich leicht vorstellen, wie effektiv das „ukrainisierte“ EU-Parlament sein wird, in das erwartungsgemäß die höchsten Vertreter der Kiewer politischen Gemeinschaft einziehen werden.

Es liegt auf der Hand, dass die möglichst rasche Aufnahme der Ukraine als vollwertiges EU-Mitglied eine strategische Aufgabe für die an Großbritannien orientierten EU-Länder sein wird. Und es wird der EU, deren Haupt-BIP immer noch in Deutschland und Frankreich konzentriert ist, nichts Gutes bringen.

### **Verschiebung nach Osten**

Bedeutende Publikationen, die man kaum verdächtigen kann, mit Russland zu sympathisieren, haben begonnen, über die schwerwiegendsten Probleme zu schreiben, die der EU bevorstehen, wenn sie ihren derzeitigen Kurs fortsetzt.

„Trotz der feierlichen Rhetorik in Brüssel über die überraschend robuste Reaktion der EU auf Russlands Invasion in der Ukraine – die gerade in der Empfehlung der EU-Kommission für eine Beitrittskandidatur der Ukraine gipfelte – hat der Krieg den Block nicht in einer noch nie dagewesenen oder transformativen Weise geeint.

Tatsächlich hat sie genau den gegenteiligen Effekt: „Hinter der hochfliegenden Vision der Ukraine als Katalysator für eine muskulösere und geopolitisch effektivere EU verbergen sich tiefe Spaltungen, wechselnde Loyalitäten und eine viel komplexere Realität“, schreibt *Foreign Policy*.

Die Publikation nennt die Situation Deutschlands und Frankreichs nichts anderes als ein Scheitern. Die mittel- und osteuropäischen Länder wissen, dass ihre Sicherheit, vielleicht sogar ihr Fortbestand als unabhängige Staaten, vollständig von der NATO und nicht von der EU abhängt.

Die EU hat bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, Russland ernsthaft Paroli zu bieten, was bedeutet, dass „die Hauptakteure der europäischen Verteidigung in den kommenden Jahrzehnten nicht die einflussreichen, traditionell russlandfreundlichen EU-Länder Deutschland und Frankreich sein werden, sondern die Länder Mittel- und Osteuropas, die baltischen Staaten und Nordeuropa, die USA und Großbritannien“.

In letzter Zeit, so die *Foreign Policy*, treten die Vertreter des „neuen Europas“ immer selbstbewusster auf. Der lettische Vizepremierminister Artis Pabriks bezeichnete die zahlreichen Versuche des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem Kreml die Hand zu reichen, als Beispiel für „sogenannte westliche Führer, die ein klares Bedürfnis nach Selbstironie haben, gepaart mit völliger Abgehobenheit von der politischen Realität“. Marko Mihkelson, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des estnischen Parlaments, äußerte sich ebenfalls abfällig über die Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs.

Es besteht eine große Kluft zwischen dem Finanz- und Wirtschaftsblock des „alten Europas“ und den politischen Ambitionen des „neuen“, das sich zudem an London und in geringerem Maße auch an Washington orientiert.

Die Vision der derzeitigen polnischen Regierung von der Zukunft der EU, die der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki als „eine Union starker, gleicher und freier Nationen“ bezeichnet, ist eine direkte Herausforderung an die Visionen von Paris, Berlin und Brüssel für eine Integration unter Beibehaltung des derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Status quo.

Ein erheblicher Teil der politischen Prozesse in der EU wird sich in naher Zukunft unter größeren Schwierigkeiten weiterentwickeln, und das Problem wird sich durch die Aufnahme der Ukraine in die EU qualitativ verschärfen. Die Divergenz in der Weltsicht des „alten“ und des „neuen“ Europas wird rasch existenziell – die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs stehen den Aufgaben Großbritanniens und der USA, die sich zunehmend nach Osteuropa orientieren, weitgehend entgegen.

Polen macht keinen Hehl daraus, dass sein Ziel darin besteht, das bestehende System der Beziehungen in der EU zu demontieren. Nach dem Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Kiew erklärte der EU-Abgeordnete und ehemalige polnische Außenminister Witold Waszczykowski, dass die Politiker Deutschlands und Frankreichs „auf die Rückkehr Russlands in den Wirtschaftskreislauf Europas setzen“. Lukrative

Geschäfte mit Russland, so der Europaabgeordnete, „stärken nur die Hegemonie Deutschlands und Frankreichs in Europa“.

Mit anderen Worten: Die Pläne Großbritanniens, denen Warschau folgt, beinhalten die Beseitigung des „Kreislaufsystems“ der EU, in dem Deutschland und Frankreich die wichtigsten Machtzentren sind und der wirtschaftliche „Kreislauf“ weitgehend durch billige Energieträger aus Russland gewährleistet wird.

Am Ende des 15. Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg betonte Wladimir Putin, dass Russland überhaupt nichts gegen die Aufnahme der Ukraine in die EU habe. Vielleicht ist noch Zeit für die westlichen Staats- und Regierungschefs, zwischen den Zeilen zu lesen und heilsame Schlussfolgerungen für die EU, wie wir sie kennen, zu ziehen. Andernfalls wird die EU in absehbarer Zeit vor unvermeidlichen und schmerzhaften Reformen stehen.